

Grossratsbeschluss zur Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik

Der Grosse Rat des Kantons Bern, gestützt auf Artikel 59 Absatz 1 des Gesetzes über den Grossen Rat (GRG)¹ beschliesst auf Antrag der Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK) folgende Erklärung:

1. Ausgangslage / Vorgeschichte

Am 4. März 2019 wurde mittels Ordnungsantrag Vanoni, Zollikofen (Grüne) / Stampfli, Bern (SP) / Stocker, Biel/Bienne (glp) / Flück, Interlaken (FDP) / Aeschlimann, Burgdorf (EVP) dem Grossen Rat beantragt, aus aktuellem Anlass und aufgrund ausserordentlicher Umstände gemäss Art. 59 Abs. 1 GRG, eine «Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik» ins Programm der Frühlingssession 2019 aufzunehmen oder für einen geeigneten Zeitpunkt für deren Traktandierung zu sorgen. Ein Entwurf der vorgeschlagenen Erklärung wurde für einen entsprechenden Grossratsbeschluss eingereicht (vgl. 2019.RRGR.43).

Die BDP (Antrag BDP [Luginbühl-Bachmann, Krattigen]) hat in der Folge ebenfalls einen Ordnungsantrag eingereicht, die «Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik» sei zur Vorbereitung an die zuständige Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK) zu überweisen. Der fraktionsübergreifende Antrag wurde zugunsten des BDP-Antrags zurückgezogen. Der Grosse Rat hat mit 110 Ja zu 39 Nein bei 5 Enthaltungen beschlossen, die «Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik» an die BaK zu überweisen.

Die BaK erhielt somit den Auftrag, unter Einbezug aller Stellungnahmen der Fraktionen eine fundierte Erklärung zur Klimapolitik im Kanton Bern zuhanden des Grossen Rates auszuarbeiten und ihm einen Entwurf zu unterbreiten.

2. Relevanz

Die Schweizer Politik und die Gesellschaft befassen sich zurzeit intensiv mit dem Klimawandel.

National- und Ständerat diskutieren über ein neues CO₂-Gesetz, die Gletscher-Initiative wurde lanciert, und in den Kantonen Basel-Stadt und Zürich wurde der Klimanotstand ausgerufen – in vielen weiteren Kantonen wird über diesen diskutiert.

In mehreren Städten fanden und finden Klimastreiks insbesondere von Jugendlichen statt, die die Politik und die Gesellschaft zum Handeln auffordern. Im sog. Global Risks Report am World Economic Forum (Weltwirtschaftsforum [WEF] 2019) haben die befragten Expertinnen und Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft die Umweltrisiken bei den längerfristigen Risiken klar an oberste Stelle gesetzt, und dies sowohl betreffend die erwartete Wahrscheinlichkeit, als auch betreffend deren Auswirkungen.

Grundlage der Forderungen ist die deutlich erhöhte CO₂-Konzentration in der Atmosphäre, die insbesondere durch die intensive Nutzung fossiler Brennstoffe verursacht wird. Die dadurch verursachte Klimaerwärmung führt zu immer deutlicher wahrnehmbaren Veränderungen: Die Gletscher schmelzen, Süsswasser wird knapper, Dürren sind die Folge. Dies hat Auswirkungen

¹ BSG 151.21

gen auf den Wasserhaushalt und somit auch auf die Energieproduktion und die Landwirtschaft. Zunehmend schneearme und warme Winter bedrohen auch den Wintertourismus. Auch der Kanton Bern ist direkt vom globalen Klimawandel betroffen.

Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels sind mittlerweile bekannt. Im Bewusstsein, dass der Klimawandel schwerwiegende Folgen für die heutige und für zukünftige Generationen hat, beschliesst der Grosse Rat die nachfolgend aufgeführte Erklärung:

3. Der Grosse Rat beschliesst folgende Erklärung zur Klimapolitik:

Präambel:

Der Grosse Rat stellt fest: Die Erwärmung des Klimasystems ist eindeutig und der menschliche Einfluss auf das Klimasystem ist klar.

1. Der Grosse Rat anerkennt seine Mitverantwortung bei der Bekämpfung des Klimawandels.
2. Der Grosse Rat ist bereit, das in seinem Einflussbereich Mögliche zu tun, um dem Klimawandel entgegenzutreten. Mögliche Massnahmen werden prioritär behandelt.
3. Der Grosse Rat wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei den zu behandelnden Geschäften berücksichtigen und jene Geschäfte prioritär behandeln, die den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen können.
4. Der Grosse Rat orientiert sich für zukünftige Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des «Intergouvernemental Panel on Climate Change (IPCC)»², insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
5. Der Grosse Rat fordert die Regierung auf, die Bevölkerung des Kantons wiederholend über den Klimawandel, dessen Ursachen und Auswirkungen sowie über die Massnahmen zu informieren, die gegen den Klimawandel ergriffen werden.
6. Der Grosse Rat appelliert auch an die Gemeinden, Unternehmen und Privatpersonen, die vorhandenen Möglichkeiten und rechtlichen Freiräume zu verstärkten Anstrengungen im Klimaschutz zu nutzen.

Bern, 3. Juni 2019

Im Namen des Grossen Rates
Der Präsident: Zaugg-Graf
Der Generalsekretär: Trees

² 2014. Synthesebericht IPCC: https://www.de-ipcc.de/media/content/IPCC-AR5_SYR_barrierefrei.pdf
2018. IPCC-Bericht über globale Erwärmung um 1,5 Grad: <https://www.ipcc.ch/sr15/>
Webseite des IPCC: <https://www.ipcc.ch/>